



Weltchaos

Die Krise des lange von den USA dominierten kapitalistischen Systems verstärkt die Tendenz zu autoritären Lösungen. Sie setzt aber auch die Frage nach einer demokratischen Lösung auf die Tagesordnung.
 Von Ingar Solty

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 28. JULI 2017 · NR. 173 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Auswegsuche

London setzt als Alternative zur EU auf Freihandel mit den USA.
 Von Christian Bunke

3

Pipelinestreit

Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft kritisiert US-Sanktionen gegen Energievorhaben

5

Rückwärtsrolle

US-Regierung kündigt neue Einschränkungen im Reiseverkehr mit Kuba an. Von Volker Hermsdorf

6

Kahlschlag

Auf dem Weg zur »Agrarsupermacht«: Ukraine will Industrie verramschen. Von Reinhard Lauterbach

9

Kampf um Caracas

Rechte Opposition in Venezuela will verfassunggebende Versammlung verhindern. Doch ihr »Generalstreik« ist gescheitert. Von André Scheer

Die Uhr tickt: Am Sonntag sollen die Menschen in Venezuela die Mitglieder einer verfassunggebenden Versammlung wählen. 6.120 Kandidaten bewerben sich um die 537 Sitze der Constituyente. Ziel dieser von Präsident Nicolás Maduro am 1. Mai initiierten Versammlung ist es, die 1999 verabschiedete Verfassung den aktuellen Bedingungen anzupassen und zum Beispiel die in den vergangenen Jahren erreichten sozialen Errungenschaften festzuschreiben.

Unter den Kandidaten befinden sich aufgrund eines Boykotts nur wenige Regierungsgegner. »Es gibt Kandidaten der Opposition«, betonte die frühere Außenministerin Delcy Rodríguez, die ihr Amt aufgegeben hat, um selbst kandidieren zu können. Im Gespräch mit dem Fernsehsender *Venevisión* räumte sie am Mittwoch allerdings ein, dass keine Führungsmitglieder aus dem rechten Lager dabei seien.

Obwohl von internationalen Medien Gerüchte verbreitet wurden, Maduro wolle die Wahl um sechs Wochen verschieben, lief die Mobilisierung auch am Donnerstag auf Hochtouren. Zu einer Großkundgebung auf der Avenida Bolívar im Zentrum von Caracas versammelten sich Zehntausende. Entscheidend für die Chavistas ist eine hohe Beteiligung an der Abstimmung, damit die Legitimität der Constituyente nicht in Frage gestellt werden kann.

Das rechte Lager will die Wahl verhindern. Für Mittwoch und den gestrigen Donnerstag hatte das Oppositionsbündnis MUD (Tisch der demokratischen Einheit) zu einem zweitägigen »Generalstreik« aufgerufen, für den heutigen Freitag ist ein Protestmarsch in das Zentrum der Hauptstadt Caracas vorgesehen. Henrique Capriles Radon-



Brennende Barrikaden gegen die Wahlen: Caracas am Mittwoch

ski, der zweimal erfolglos für die Opposition als Präsidentschaftskandidat angetreten war, kündigte einen Marsch auf den Präsidentenpalast Miraflores an.

Auf ihrer Homepage verkündete die MUD eine Beteiligung von 92 Prozent an dem Ausstand, was internationale Nachrichtenagenturen wie *AFP* prompt abschrieben. Die Rede war von »menschenleeren Straßen« und »geschlossenen Geschäften«. Im Gespräch mit *junge Welt* bezeichnete das eine Augenzeugin in Caracas am Donnerstag als »erstunken und erlogen«. Der Ausstand sei lediglich in den von der Opposition dominierten Mittel-

schichtvierteln im Osten der Hauptstadt einigermaßen befolgt worden. Während die großen Einkaufszentren geschlossen blieben, sei selbst dort die Hälfte der kleinen Läden geöffnet gewesen, Busse und U-Bahnen fuhren weitgehend normal. Im Westen von Caracas sei von einem Generalstreik noch weniger zu spüren gewesen. Auch die großen Staatsunternehmen wie der Erdölkonzern PDVSA wurden nicht bestreikt.

Doch das rechte Lager kopiert das Muster, das im April 2002 zum Putsch gegen den damaligen Präsidenten Hugo Chávez geführt hatte. Auch damals hatte die Opposition zu einem »Gene-

ralstreik« und zu einem Marsch auf Miraflores aufgerufen. Heckenschützen eröffneten aus Hochhäusern das Feuer auf die Demonstration – das Blutbad diene als Vorwand für den Staatsstreich. Doch die Reaktion war ein Volksaufstand, und die Mehrheit des Militärs blieb loyal. Nach nur 48 Stunden kehrte der gewählte Präsident in sein Amt zurück.

- Solidaritätskundgebungen:
- Hamburg: Sa., 29.7., 14 Uhr, Otten- ser Hauptstr. (Bahnhof Altona)
- Berlin: So., 30.7., 15 Uhr, Pariser Platz (Brandenburger Tor)
- Siehe Seite 7

Netanjahu will Al-Dschasira schließen



Tel Aviv. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will das Büro des Nachrichtensenders *Al-Dschasira* in Jerusalem schließen. Wie Netanjahu am Mittwoch abend über Facebook erklärte, höre der Kanal nicht auf, »rund um den Tempelberg zu Gewalt aufzuheizen«. Er habe bereits mehrfach mit den zuständigen Behörden über eine Schließung des Büros des Senders gesprochen, teilte er weiter mit. »Sollte dies aufgrund gesetzlicher Auslegungen nicht passieren, werde ich darauf hinarbeiten, die erforderlichen Gesetze zu erlassen«. Auf diesem Wege werde er dafür sorgen, »*Al-Dschasira* aus Israel zu vertreiben«. In einer Stellungnahme verurteilte der Sender mit Sitz in Katar die »willkürlichen Anschuldigungen« und versicherte, weiterhin »professionell« aus den »besetzten Palästinensergebieten« zu berichten. (dpa/W)

■ Siehe Seite 7

Hubschrauberabsturz: Aufklärung gefordert

Berlin. Der SPD-Politiker Rainer Arnold hat eine rasche und vollständige Aufklärung des tödlichen Hubschrauberabsturzes in Mali gefordert. Es müsse einen »exakten Bericht ohne Beschönigungen« geben, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion am Donnerstag in Berlin.

Beim Absturz eines »Tiger«-Kampfhubschraubers im Norden Malis waren am Mittwoch abend zwei Bundeswehr-Angehörige ums Leben gekommen. Bislang gibt es keinen Hinweis auf einen Abschuss. Nach Angaben der Bundeswehr reisten am Donnerstag Experten in die Stadt Gao, um unter anderem den Flugschreiber auszuwerten. Der Routineflugbetrieb der insgesamt drei verbleibenden Maschinen in Mali wurde bis auf weiteres ausgesetzt. Auch im hessischen Fritzlar, wo die Kampfhubschrauber eigentlich stationiert sind, sollen sie vorerst am Boden bleiben. (dpa/W)

■ Siehe Seite 8

»Versprochene« Hintermänner

NSU-Prozess ■ Ankläger greifen in Plädoyer erneut Opferanwälte an

Einig sind sich Bundesanwaltschaft und Nebenklagevertreter im NSU-Prozess darüber, dass Beate Zschäpe keine willenlose, schwache Frau im Schlepptau von zwei mordenden Neonazis war. Geht es aber um die Frage, ob der »Nationalsozialistische Untergrund« ein Trio mit wenigen Helfern oder ein Netzwerk mit vielleicht noch unbekanntem Hintermännern war, lassen die Ankläger kein gutes Haar an den Opferanwälten, die bei jahrelangen Recherchen Indizien für letzteres fanden.

Oberstaatsanwältin Anette Greger zeigte sich am dritten Tag des Plädoyers der Anklage überzeugt, dass Zschäpe an der Produktion des Videos beteiligt gewesen sei, in dem sich der NSU mit rassistischen Mordanschlägen gebrüstet hatte. Entgegen ihrer Einlassung habe Zschäpe den Inhalt gekannt, als sie es verschickt habe.

Dann bekräftigte Greger noch einmal, dass mit dem Tod von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos der NSU aufgelöst gewesen sei, weil er nur aus drei Personen bestanden habe. »Eine Existenz von rechten Hintermännern

an den Tatorten, die einige Rechtsanwältinnen ihren Mandanten offensichtlich versprochen hatten, hat sich bislang weder in den seit sechs Jahren laufenden Ermittlungen und der Hinweisbearbeitung noch in der 360tägigen Beweisaufnahme, wo wieder jedem Hinweis darauf nachgegangen wurde, (...) noch in den breitangelegten Beweiserhebungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse bewahrt«, behauptete Greger am Donnerstag. Tatsächlich hatte der Leiter des letzten NSU-Ausschusses im Bundestag, Clemens Binninger (CDU),

mehrfach betont, er gehe von mehr als drei NSU-Mitgliedern aus. Nebenklageanwalt Sebastian Scharmer wehrte sich in einer Pressemitteilung: »Es ist eine Frechheit zu unterstellen, dass Nebenklageanwälte den Hinterbliebenen und Verletzten des NSU-Terrors »rechte Hintermänner« an den Tatorten versprochen hätten.« Damit werde nicht nur unterstellt, »dass unsere Mandanten nicht selbständig in der Lage wären, sich eine Meinung zu bilden«, es würden auch zahlreiche Beweismittel aus der Hauptverhandlung ignoriert. Claudia Wangerin

jW wird herausgegeben von 2.066 Genossinnen und Genossen (Stand 25.7.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

